

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis zum 30. Juni 1997 dem Deutschen Bundestag einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der

1. eine Neuregelung der Vermögensteuer mit folgenden Eckpunkten vorsieht:
 - das persönliche Gebrauchsvermögen wird durch eine Erhöhung der persönlichen Freibeträge auf 350 000 DM und für Kinder auf 100 000 DM freigestellt;
 - der Freibetrag für Betriebsvermögen wird auf 1 Mio. DM erhöht;
 - zusätzlich zu den bisherigen Steuersätzen wird für private Vermögen ab 2 Mio. DM für einen Zeitraum von 15 Jahren ein Steuersatz nach einem progressiven Tarif bis 2,5 % jährlich eingeführt;
2. die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer unter folgenden Voraussetzungen beinhaltet:
 - grundgesetzliche Absicherung der Gewerbeertragsteuer,
 - Ausweitung der Bemessungsgrundlage,
 - Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer mit einem gemeindegenauen Verteilungsschlüssel, der auch über das Jahr 2000 hinaus das bisherige Finanzaufkommen der Gemeinden sicherstellt.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

